



Abonnementspreis vierteljährlich mit „Mittwoch-Beilage“ n. „Blätter für Unterhaltung und Belehrung“ bei den Verkäufern 1,40 M., in den Buchhandlungen 1,20 M., beim Postwege 1,50 M., mit Randbetriebs-Belag 1,95 M. Die einzelne Nr. wird mit 10 Pf. berechnet. Die Expedition ist an den Wochentagen von früh 7-1 Uhr Mittags und Nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet. Sprechstunden der Redaction 11-1 Uhr Mittags.

Infections-Gedächte für die 5 gepulvete Compagnie oder deren Raum 13 1/2 Pfg. für Privat in Merseburg und Umgebung 10 Pf. für perlocische und größere Anlagen entsprechende Ermäßigung nach Vereinbarung. Compilierter Tag wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Redaktionen außerhalb des Infanzenspreises 30 Pfg. Sämtliche Annoncen-Bureau nehmen Inserate entgegen. Beilagen nach Uebereinkunft.

Merseburger Kreisblatt.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreis-Verwaltung.)

Durch den gültigen Beschluß des unterzeichneten Kreis-Ausschusses vom 16. December d. J. sind auf Grund des § 2 Nr. 4 und 5 c der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 die **Wahlbezirke** des

- | | |
|------------------------------------|---|
| 1. Friedrich Bude, | Nr. 29, und 30 der Gebäudesteuer-Rolle, |
| 2. Julius Franke, | " 35 " " |
| 3. August Busch, | " 36 " " |
| 4. der verzehl. Henning, | " 34 " " |
| 5. des Gottlob Küster, | " 37 " " |
| 6. des Albert Brode, | " 38 " " |
| 7. des Gottlieb Naas, | " 39 " " |
| 8. des Hermann Schmidt, | " 40 " " |
| 9. des Bruno König und Ehefrau, | " 41 " " |
| 10. des Gustav Pabst, | " 42 " " |
| 11. des Adolf Kupfer, | " 43 " " |
| 12. des Wilhelm Kupfer, | " 44 " " |
| 13. des Ottomar Pabst und Ehefrau, | " 45a und 45b " |
| 14. der Marie Grimme, | " 46 " " |
| 15. des Traugott Fuchs, | " 48 " " |
| 16. des Ernst Schlichter, | " 49 " " |

— die sogenannten **Verghäuser** in Rassenhof — **von dem Gerichtsbezirke Vassendorf abgetrennt und mit dem Gemeindebezirke von Vassendorf vereinigt werden.** Gemäß § 2 Nr. 8 der Landgemeindeordnung wird diese Bezirksveränderung hiermit veröffentlicht.

Merseburg, den 18. Mai 1894.

Der Kreis-Ausschuss des Kreises Merseburg. Weidlich.

Der städtische Badeplatz unterhalb der Stadt an der sogenannten Mühlweide ist wieder **eröffnet.** Es ist dort auch in diesem Jahre seitens der Gemeinde für die Badenden zum Aus- und Ankleiden eine Bretterbude errichtet worden. Für die Benutzung dieser Bude sowie des öffentlichen Badesplatzes darf vom Badeaufsicher eine Entschädigung weder getordert noch angenommen werden, dagegen müssen diejenigen, welche sich vom Badeaufsicher Badehosen, Handtücher u. s. m. liefern oder sonstige Beweismittel gewähren lassen, eine mit denselben zu verbindende Entschädigung an diesen zahlen.

Alle Badenden haben den Anordnungen des Badeaufsicher unbedingt Folge zu leisten, widrigenfalls ihnen Baden verboten wird und sie vom Plage verwiesen werden. Als Badeaufsicher ist wie in den Vorjahren der Salzstübemeister Franz Ruze aus Halle o/El. angenommen.

Das Baden an anderen Stellen der Saale, außerhalb der in der Saale bestehenden Bäderhäuser und außerhalb der Sternbergischen und Neuschlischen Schwimmanstalt und ferner das Baden im Götterbischitz ist **bis Geldstrafe bis zu neun Mark event. verhältnismäßiger Haft verboten,** auch wird das Betreten der Mühlweide außerhalb des angelegten Weges bestrafet werden.

Merseburg, den 18. Ma 1894.

Die Polizeiverwaltung.

Stadtverordneten-Sitzung.

Montag, den 28. Mai 1894, Abends 6 Uhr.

Tagesordnung: 1. Städteatag in Erturt. — 2. Bericht der Wahlcommission. — 3. Gasbade- und Gasheizeneinrichtung im Krankenhaus. — 4. Wahl der Mitglieder und Stellvertreter der Vereinskassendirection. Geheime Sitzung: Personalien. Merseburg, den 23. Mai 1894.

Der Vorsteher der Stadtverordneten. Witte.

Merseburg, 24. Mai 1894.

* Der Gesetzentwurf über die Errichtung von Landwirtschaftskammern

ist vom Abgeordnetenhaus in der dritten Lesung am 21. Mai in seinem grundlegenden Paragraphen angenommen worden. Die Parteien der Rechten und der Nationalliberalen hatten sich zu einem Kompromiß verständigt. Die erste Aufgabe war dabei, den Hinweis über die Frage, ob die Landwirtschaftskammern obligatorisch oder fakultativ sein sollen, zum Ausgleich zu bringen. Ein solcher ist dadurch gefunden worden, daß zwar der Grundbesitz der fakultativen Einrichtung der Kammer angenommen, ihm aber eine Gestalt gegeben ist, welcher erwarten läßt, daß es in allen Provinzen zur Bildung von Landwirtschaftskammern kommen wird. Diese letztere soll nämlich durch königliche Verordnung nach Anhörung des Provinziallandtages erfolgen können. Die zweite Aufgabe betraf die Regelung des Wahlrechts. In dieser Beziehung hat man sich dahin geeinigt, daß die erste Wahl durch die Kreisräthe erfolgen soll, daß es aber den neuen Kammer überlassen sein soll, durch die Stimmungen mit königlicher Genehmigung ein Wahlrecht im Sinne der Kommissionsvorschlüge (indirekte Wahl, quantitative Bemessung des Wahlrechts nach dem Grundbesitzverhältniß) festzusetzen. Damit den Kammer der Charakter einer Vertretung der Landwirtschaft gesichert werde, sollen, wenn die Wahl durch die Kreisräthe erfolgt, von den Vertretern der Städte nur diejenigen teilnehmen, welche als Eigentümer, Pächter, Hüter landwirtschaftlicher Grundstücke oder aus sonstigen im Gesetz angegebenen Gründen sich im Besitz des passiven Wahlrechts befinden.

Der Hergang wird sich voraussichtlich so gestalten, daß die Kreisräthe ihre Stimmen auf angehende und erfahrene Landwirthe vereinigen, ja noch mehr, man wird in den meisten Fällen sagen können, daß diejenigen gemäß worden

sind, welche auch bei jedem anderen einmüthigen veränderten Wahlsystem gewählt worden wären. Auf diesem Wege wird auch die Vorhug der Mittelparteien wegen der Provinz Polen beseitigt, ohne daß zu der verlockenden Form einer Ausnahmebestimmung gegriffen zu werden braucht. Zu Bezug auf die Vereinerung kommen die Kompromißhandte dem Wünsche entgegen, der die Zulassung einer Mehr- oder Minderbelastung einzelner Bezirke zum Ziele hatte.

Auf Grund dieser Vorschläge, gegen welche das Centrum und die Linke sich erklärten, wurden die §§ 1-5 der Vorlage angenommen, ohne das es zu namentlicher Abstimmung kam. Der Landwirtschaftsminister führte aus, daß er über den Entwurf in dieser Gestalt eine Erklärung im Namen der Staatsregierung noch nicht abgeben könne, da diese darüber noch keinen Beschluß gefaßt habe. Für seine Person nahm er aber nicht Anstand, auszusprechen, er sei der Ueberzeugung, daß auch mit diesen Vorschlägen und mit der Gestalt, welche das Gesetz durch sie erhält, die Landwirtschaftskammern reichreich werden wirken können. Er erklärte ferner an, daß durch die Konstitution des Wahlrechts erheblich vereinfacht und die Linde einer Wahlbewegung einen großen Theil der Bevölkerung erparat werde. Die Hauptsache sei, daß die Kreisräthe Hand in Hand mit den jetzigen Zentralvereinen die Organisation vollziehen. Der erste Schritt der Staatsregierung nach dem Zusammenkommen des Reiches werde der sein, mit den landwirtschaftlichen Vereinen über die weitere Ausführung der Angelegenheiten zu verhandeln.

Das Ministerium der verlorenen Schlachten.

In einem „Das Ministerium der verlorenen Schlachten“ überschriebenen Artikel der Köln. Ztg. wird folgendes ausgesagt: „Das preussische Ministerium Katenburg bildet sich immer mehr zu einem Ministerium der verlorenen Schlachten aus; eine Niederlage folgt der anderen und die jüngste beweist, wie die Ära an politischer Bedeutung und

schäblicher Erquickte. Die Niederlage, die sich Graf Katenburg als der Besten des preussischen Staatsministeriums in der Kammer gefaßt hat, werden noch ganz andere Bedeutung erhalten und weit mehr auf das Reich zurückgewirkt haben, wenn nicht seiner Graf Caprivi noch der lebende Geist des preussischen Ministeriums wäre. Graf Caprivi hat noch in letzter Zeit genugsam bewiesen, daß er als Reichskanzler das preussische Staatsministerium hinter sich hat, wo es sich um wichtige Reichsfragen handelt; das gilt für die Handelsverträge, für die Steuerreform, für die Reform der Justizgesetzgebung, für die Militär- und Finanzfragen u. s. w. Auf der anderen Seite aber betrachtet wir es als einen nicht zu unterschätzenden Vortheil, daß rein preussische Fragen auch ausschließlich in Preußen durchgemacht werden, daß gewisse Parteien nicht mehr in der Lage sind, ihre Anklagen in Reichstagen gegen Angehörige in preussischen Fragen und angelegt zu verwickeln. Der eigentliche Fehler, der vielfach beklagt wird, nur bei genannter Verläugung überhaupt nicht in der Kammer, sondern in erster Linie in der Person des preussischen Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern. Wie ihn die Zeiten, welche nicht gern die großen menschlichen und politischen Eigenschaften des Grafen Bismarck anerkennen. Er ist ein Mann von innerenbildlicher Arbeitskraft, von rathlosler Eifer, von reichen Erfahrungen, von einem ruhigen und sicheren Urtheil, von strengem Ehrgefühl, von vornehmer Bescheidenheit; aber immer deutlicher tritt es zu Tage, daß ihm die rathlosste Aufgeschlossenheit, die Nothwendigkeit des Umschlusses fehlen, welche die Vorbedingungen jedes Erfolges, auch des politischen, sind.“

Daß die Mitglieder der Pariser Deputirtenkammer

die weiterentwickelten Leute sind, hat sich wieder einmal gezeigt, das Ministerium Brier, das seit dem letzten December am Ruder war, ist wieder alles Erwarteten plötzlich gestürzt. Eine aus Sozialisten, Radikalen und Konservativen bestehende Kammermehrheit erhielt dem Rabinet ein Mißtrauensvotum, weil es nicht den Staatsbankrott der Erlaubniß geben wollte, große Verbände zu schließen. Der wahre Grund liegt aber tiefer. Die Herren in der Kammer hatten das im Pariser Bürgerthum wegen seiner Stärke gegen die Anarchisten sehr populäre Ministerium fast, sie wollen andere von der Kammer mehr abhängige Minister. Zum Theil kam dann auch noch persönliche Feindschaft ins Spiel. Dem Präsidenten Carnot wird es schwer genug werden, einen Erfolgsmann zu finden, der wirklich Autorität besitzt, denn der neuen Regierung harret die sehr dornenvolle Aufgabe, neue Steuern aufschreiben zu müssen. Die französischen Staatsbeamten halten mit den Ausgaben durchaus nicht mehr gleichen Schritt und zwingen zur Vermehrung der Steuern. Die radikalen Organe jubeln, die gemäßigten sind gedrückt und fragen, was denn nun werden solle? Und was wird der Gahr zu der Ministerkürzelerei sagen?

Die Lage in Serbien.

Wit großer Sicherheit hat der junge König von Serbien unter dem Einflusse seines Vaters Milan die Bundesverfassung angenommen, aber seine Rathgeber irren, wenn sie meinen, die Sache werde sich ohne Weiteres machen lassen. Der junge König hätte ein Militärregiment einführen können, man würde ihm das viel weniger verargt haben, als diesen Bruch der beschworenen Verfassung, und der Haß gegen Milan, welcher der eigentliche Urheber des Schrittes ist, ist auf das Höchste gestiegen. Noch hält das Militär die Rutze aufrecht, aber unbeeinträchtigt Privatmittelungen belegen, daß die Stimmung im ganzen Lande eine außerordentlich drohende ist. Die Thronprärenten sind in den letzten Wochen heimlich im Lande gewesen und haben dort nach Kräften gewöhnt, man wird nun einmal abwarten müssen, ob die Kammererklärer sich ihren Verprägungen und ihrem Gerede gegenüber ablehnend verhalten. Die serbische Armee birgt überaus zweifelhaft Elemente, und nachdem König Alexander selbst das Heiden des Freubruchs gegeben hat, kann er sich nicht wundern, wenn auch ihm die Treue nicht gehalten wird.

Politische Nachrichten.

Deutschland. (Vom Kaiserhofe.) Die Kaiserin kam am Mittwoch in Begleitung der Prinzessin Heinrich von Preußen von Potsdam nach Berlin und hielt in dem von Sadow und Berlin die Generalversammlung des Kaiserlichen Frauenvereins ab. Nach der Tafel im Hof-Schlösschen mochte die Kaiserin mit ihrer Schwägerin in Weidm dem Blumenfeste bei, worauf die Kaiserin nach Potsdam erfolgte. — Gelegenlich der Hochzeitsfeierlichkeiten in Coburg hat Kaiser Wilhelm dem russischen Thronfolger Großfürsten Nikolaus mittheilt, daß unsere diesjährigen großen Wandver

in Ostdeutschland stattfinden werden. Der Thronfolger, sowie der Großfürst Wladimir von Rußland werden denselben wenigstens in ihrem Haupttheil bewohnen. Die Wandver werden eine ganz besondere Ausdehnung erhalten und eine Reihe von neuen Einrichtungen werden zur Vorführung gelangen.

— Keine Ironieveränderungen in Bayern. Trotz wiederholten Demutis haben verschiedene Mütter ihre Sentationsnachricht über angebliche Thronveränderungen in Bayern, zu deren Vorbereitung Reichsrathssitzungen ohne Hinzuziehung der Staatsminister geheim stattgefunden haben sollen, aufrecht erhalten. Jetzt erfolgt nun aus München die offizielle Erklärung auf Grund authentischer Mittheilung aus Reichsrathkreisen, daß auch die neuen Verfassungen auf vollkommener Erfindung beruhen.

— Eine Prekatalade, die Aufsehen erregt, beginnt die Köln. Ztg. zuerst fast sie dem preussischen Ministerpräsidenten Grafen Culenburg Mangel an Energie vorgeworfen, und nur deshalb sei der neue Dortmund-Ähren-Kanal in Berliner Abgeordnetenhaus abgelehnt. Jetzt geht sie gegen die hochkirchliche, agrarische und antikemistische Bewegung vor, und die Angriffe sind lebhafter, als man sonst in dem Blatte gewohnt. Wenn aber behauptet wird, hinter diesen Artikeln ständen hochstehende Hintermänner, so schließt das doch wohl ganz erheblich über das Ziel hinaus. — Eine Angriffs gegen den preussischen Ministerpräsidenten Grafen Culenburg erhebt auch die „Nat. Ztg.“ das nationalliberale Blatt wirft dem Minister vor, bei Steuererinnerungen höhere Beamten seien ausschließlich hochkonservative Männer gewählt. Man müsse nun lo gespannter auf künftige Ernennungen sein.

— Der Bundesrath des Deutschen Reiches hielt am Mittwoch in Berlin eine Plenarsitzung. U. a. wurde ein Antrag betr. die Zulassung von Abiturienten der Realgymnasien zum Studium der Medizin den Ausschüssen überwiesen.

— Der Reichsanzeiger veröffentlicht die kaiserliche Verordnung vom 21. Mai betreffend die Aufhebung des Verbotes der Ausfuhr von Streu- und Futtermitteln.

— Caligula. In der Angelegenheit der Caligula-Brochüre veröffentlicht der Autor, Professor Dr. Ludde in München, jetzt eine längere Erklärung, in welcher er entschieden bestritt, daß die Arbeit ein politisches Pamphlet sei. Sie bilde vielmehr eine reiche historische Charakterstudie.

— Die Kirchengesetznovelle, die vom preussischen Landtage angenommen ist, liegt, wie der Kräftig, befristet wird, im Rabinet des Kaisers. Die Vollziehung kann demnach erwartet werden.

— Der Reichstagsabgeordnete von Frege hatte auf einem konservativen Parteitag die Aeußerung gethan, daß Graf Caprivi gelang habe, Deutschland sei ein reiner Anarchiststaat oder er solle ein solcher sein. Die Nordd. Allg. Ztg. bemerkt dazu, der Bericht über die Rede sei wohl ungenau, denn ein angelegener Parteimann, wie der Abg. von Frege, ziehe es doch wohl vor, die Anwendung solcher idiosyncratischer Mittel der Stimmungsmaßregel Gethen neuerer Deutung zu überlassen.

— Dr. Carl Peters will Reichstagsabgeordneter werden. Der Herr. Kar. schreibt, Dr. Peters ist in den Nationalallierten Vereinen in Hannover eingetreten und hat den Wunsch zu erkennen gegeben, sich um etwa frei werdendes nationalliberales Reichstagsmandat zu bewerben. Bei den freigen nationalliberalen Führern hat dieser Wunsch eine freundliche Aufnahme gefunden.

— Vereinigung Altona's mit Hamburg? Auf der Tagesordnung der jüngsten Sitzung des Hamburger Senats stand, dem Hamb. Freibl. zufolge, ein Antrag, der preussischen Regierung wegen Abtretung des Amtes Rühbittel, ferner Rughausen und einiger hamburgischer Wäldchener (Enclaven in Holstein) an Preußen. Dafür sollte Altona an Hamburg fallen. Wenn Rughausen preussisch werde, gehe ein scheinbarer Wunsch des Kaisers in Erfüllung, der daraus einen Kriegshafen zu machen gedachte. Das „Freibl.“ meldet noch nichts über den Beschluß, will aber die Nachricht aus guter Quelle erhalten haben.

— Französisches Klauenreich. Wie aus Bern gemeldet wird, hat die deutsche Gesundheitsbehörde, bezeichnend auf die Verfügung vom 27. April, durch die das Verbot der Ein-

Inserate im Betrage bis zu 1 Mark bitten wir bei Aufgabe sofortig zu bezahlen.

